

## Anwar wird Operation im Ausland verweigert

Der 1998 verhaftete ehemalige stellvertretende Premierminister Anwar Ibrahim leidet unter starken Rückenschmerzen und bedarf dringend medizinischer Behandlung. Durch eine verrutschte Bandscheibe kann er sich kaum noch bewegen. Um den Bandscheibenvorfall zu behandeln, wäre eine Operation notwendig. Anwars Wunsch, sich in Deutschland operieren zu lassen, wurde von Premierminister Dr. Mahatir Mohammad abgelehnt. Er bezeichnete diese Entscheidung als endgültig. Anwars Frau und Gründerin der Oppositionspartei Keadilan Dr. Wan Azizah Wan Ismail sagte gegenüber AFP aus, Anwars Verletzungen könnten noch von den Schlägen der Polizei nach seiner Verhaftung 1998 herrühren.

Bereits Ende Oktober 2002 lud die Regierung Anwar zu einer Untersuchung durch Regierungsärzte in einem malaysischen Krankenhaus, laut Anwars Anwalt Sankara Nair, um ihn zu einer Operation in Malaysia zu überreden. Bereits zu diesem Zeitpunkt nahm Anwar starke Schmerzmittel ein. Sein Bruder Rosli Ibrahim berichtete, wie Anwar unter strengen Sicherheitsvorkehrungen zum Krankenhaus gebracht wurde: »Er saß in einem Rollstuhl und trug eine Halskrause.

Er sah fröhlich aus.« Ein weiterer Besuch im Krankenhaus Mitte November musste verschoben werden, da die zuständigen Beamten Anwar so kurzfristig informierten, dass er nicht mehr ausreichend Schmerzmittel einnehmen konnte, um den einstündigen Weg vom Sungai Buloh Gefängnis zum Krankenhaus antreten zu können, berichtete Wan Azizah.

»Ja, die Situation ist ernst. Aber er erleidet all das, da es ihm nicht gestattet ist, in ein Krankenhaus seiner Wahl zu gehen«, erklärte sie weiter.

Unterstützung für Anwar kommt auch aus Indonesien. Dort haben 22 hochrangige Persönlichkeiten eine Verlautbarung unterschrieben, in der sie die malaysische Regierung auffordern, Anwar eine Operation im Ausland zu genehmigen. Unterschrieben haben unter anderem der Parlamentssprecher und Vorsitzende der Partai Amanat Nasional Dr. Amien Rais, der Vorsitzende der Partai Ummat Islam Prof. Dr. Deliar Noer, Fahmi Idris, der der Golkar Partei vorsitzt, sowie andere bekannte Politiker, Akademiker, NGO- und Medienvertreter. Das Dokument sollte von dem Menschenrechtsanwalt Dr. Adnan Buyong Nasution überreicht

werden, dem jedoch am Kuala Lumpur International Airport (KLIA) die Einreise verweigert wurde. »Der Befehl kam von der Landesführung«, erklärten die Behörden auf Anfrage der Medien. Adnans Kollege Dr. Bunga Kejora Trihusodo übergab das Dokument an seiner statt dem Politiker Tumpat Kamaruddin Jaafar, der es stellvertretend für den Oppositionsführer Abdul Hadi Awang entgegennahm und sich bereit erklärte, das Schreiben an die Regierung weiterzuleiten.

Die von Wan Azizah nach Anwars Verhaftung gegründete oppositionelle Partei Keadilan bezeichnete die Einreiseverweigerung als »beschämend« und »unsensibel«. Keadilan Generalsekretär Sahri Bahri erklärte, die malaysische Regierung schulde dem Volk eine Entschuldigung für die Sperrung des Anwalts und seines Kollegen Paskah Irianto, der ebenfalls den Flughafen nicht verlassen durfte. Bei einer Pressekonferenz in der Parteizentrale in Petaling Jaya am 9. Oktober 2002 verlangte Sahri eine Versicherung des stellvertretenden Premierministers Abdullah Ahmad Badawi, dass Adnan in Zukunft jederzeit einreisen könne.

Der zu Zeiten der Reformasi-Bewegung bekannt gewor-

# nachrichten

dene Menschenrechtsanwalt war von Keadilan eingeladen worden, um über die rechtliche Situation in Anwars Fall zu sprechen. Jetzt möchte er seinen eigenen Fall der Einreiseverweigerung der Internationalen Kommission der Juristen vorstellen, bei der er Mitglied ist, um zu verdeutlichen, dass die Sperrung »undemokratisch und gegenstandslos« war.

Keadilan rief anlässlich des vierten Jahrestages der Verhaftung Anwars die »Bebaskan (Befreit) Anwar 14. April 2003« Kampagne aus, die bewirken soll, dass Anwar auf internationalen Druck nach Verbüßung seiner Haftstrafe für Korruption am 14. April 2003 auf Kaution freigelassen wird. Eine anschließende langjährige Haftstrafe wegen homosexueller Praktiken steht zu erwarten.

vgl. *Malaysiakini*, 10.10., 29.10., 13.11.02

## Buchvorstellung —

### »Her say on ISA«

Aliza Jaafar, Ehefrau des unter dem Internal Security Act (ISA) verhafteten Oppositionellen Saari Sungib veröffentlichte ihr Buch »Diari Perjuangan« (Tagebuch eines Kampfes). Sie schreibt darin über Verhaftungen unter dem Internal Security Act und den Kampf der Familien und besonders der Frauen um die Freilassung ihrer Angehörigen.

Alizas Mann ist einer der fünf Oppositionellen, die am 10. April 2002 verhaftet wurden und nach wie vor unter Arrest stehen. Die anderen vier ISA-Häftlinge sind der stellvertretende Präsident der oppositio-

nellen Partei Keadilan Tien Chua, die beiden Vorsitzenden der Jugendorganisation der Keadilan Mohd Ezam Mohd Nor und Gobalakrishnan, der Direktor der Free Anwar Campaign Raja Petra Raja Kamaruddin und der Filmemacher und Malaysiakini-Kolumnist Hishamuddin Rais.

Aliza bezeichnet ihr Buch als Versuch, »den Kampf der Menschen für Gerechtigkeit und gegen Tyrannei in unserem geliebten Malaysia zu dokumentieren«.

vgl. *Malaysiakini*, 11.11.02

## Banken rüsten

### Automaten um

Anfang 2003 sollen die Geldautomaten der malaysischen Banken (ATM) von Magnetstreifen-Karten auf Chipkarten umgerüstet werden. Bis dahin sollen über elf Millionen ausgegebene ATM-Karten aus dem Verkehr gezogen werden.

Der Schritt ist Bestandteil des Regierungsplans zur »bargeldlosen Gesellschaft«. Der Vorsitzende der dem Projekt betrauten Malaysian Electronic Payment System Sdn Bhd (MEPS) Datuk Amirsham A. Aziz betonte vor allem die erhöhte Sicherheit der neuen Technologie. Der

Einführung der neuen Karte waren hohe Verluste durch gefälschte Karten vorausgegangen; so sollen bereits 1,2 Millionen Ringgit (etwa 315.000 Euro) illegal abgehoben worden sein. Die neue Karte dagegen sei gegen Fälschungen gefeit.

»Jetzt wird daran gearbeitet, dass die Umrüstung zum ersten Quartal des neuen Jahres beendet ist und die Kartenbesitzer ihre alten Karten so unkompliziert wie möglich umtauschen können«, erklärte Aziz.

vgl. *New Straits Times*, 11.11.02

# nachrichten

## Anti-islamische Extremisten

Malysias Außenminister Syed Hamid Albar forderte die Regierung der Vereinigten Staaten auf, die christlichen Extremisten in ihrem Land zu verhaften. Diese seien für die internationale Sicherheit ebenso bedrohlich wie jede andere terroristische Vereinigung, da ihre anti-islamischen Ressentiments Konflikte immer wieder anheizen. Syed appellierte an die amerikanische Regierung, im Sinne der internationalen Sicherheit extremistische christliche und islamische Gruppierungen nicht mit zweierlei Maß zu messen. Präsident Bushs verbale Zurückweisung anti-islamischer Kommentare prominenter US-Christen reiche nicht aus.

vgl. *Malaysiakini*, 16.11.02;  
*Asiaobserver*, 16.11.02

## Neue Partei gegründet

Die Parteienlandschaft im malayischen Staat Sarawak auf Borneo hat sich verändert. Am 5. November 2002 wurde eine neue Partei, die *Sarawak Progressive Democratic Party* (SPDP) zugelassen. Gleichzeitig löste sich die *Sarawak National Party* (SNAP) auf. Der Vorsitzende der neu gegründeten SPDP, Umwelt- und Gesundheitsminister Datuk William Mawan Ikom erklärte gegenüber den Medien, dass er auf seinem ersten Parteitag zahlreiche ehemalige NAP-Mitglieder erwarte. Es wird als wahrscheinlich angenommen, dass die neue Partei unter den Regierungsparteien aufgenommen wird.

vgl. *New Straits Times*, 12.11.02;  
*Malaysiakini*, 11.11.02

Bei seiner gerichtlich angeordneten Freilassung wurde der unter dem Internal Security Act (ISA) im April verhaftete Nasharuddin Nasir sofort erneuert verhaftet.

Seine Familie und sein Anwalt Saiful Izhah Ramli warteten am 9. November 2002 ab 14.30 Uhr vergeblich am Kamunting Busbahnhof, den die Polizei als Ort der Freilassung genannt hatte.

Saiful Izhah erklärte gegenüber der *News Straits Times*, Nasharuddin wurde am Busbahnhof unmittelbar nach seiner Ankunft buchstäblich hinter ihrem Rücken in einem Wagen der Polizei zur Polizeiwache in Kamunting gebracht.

Um 15.15 Uhr wurde Nasharuddin auf Anordnung des stellvertretenden Premier- und amtierenden Innenministers zurück ins Gefängnis gebracht.

Das Katz-und-Maus-Spiel zwischen Regierung und Justiz begann bereits am 17. April 2002, als Nasharuddin und weitere vierzehn Personen wegen des Verdachts auf Mit-

## Erneute Verhaftung

gliedschaft bei der extremistischen Vereinigung Jemaah Islamiyah unter ISA, dem Gesetz zur inneren Sicherheit, verhaftet wurden.

Am 6. September 2002 irritierte ein Gerichtsurteil in einem ähnlichen Fall die Öffentlichkeit. Es wurde entschieden, dass die Verhaftung von fünf Mitgliedern der Opposition vom 10. April 2002 unrechtmäßig sei, eine daraus resultierende Freilassung der Gefangenen wurde jedoch nicht angeordnet.

Umso bedeutender wurde die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Shah Alam unter dem Vorsitz des Richters Datuk Suriyadi Halim Omar vom 8.9.2002 bewertet, in der er mit der Anordnung zur Freilassung Nasharuddins den entscheidenden Schritt weiterging. Suriyadi begründete das Urteil mit der Erklärung, er gebe keine Beweise für eine objektive Untersuchung des Falls seitens der Polizei.

Am Tag nach dem Urteil machte die Regierung mit der

sofortigen erneuten Verhaftung ihren Standpunkt deutlich. Dr. Datuk Seri Rais, Minister im Kabinett des Premierministers Mahatir erklärte, er erwarte, dass der ISA weiter verschärft werde, um derartige juristische Untersuchungen einzudämmen. Wörtlich sprach Rais von einem »gefährlichem Trend«, den es schnell auszubessern gelte und davon, dass man diese »laissez faire-Haltung in Sicherheitsfragen« nicht dulden könne. Seit sich die internationale Sicherheitspolitik nach dem 11. September 2001 dramatisch verändert hat, bekommt auch die malayische Regierung Rückenwind in der Behandlung eben dieser »Sicherheitsfragen«.

Nasharuddin wurde mit einer Haftstrafe von zwei Jahren belegt. Zum zweiten Mal in diesem Jahr. Die Vorwürfe bleiben die gleichen.

vgl. *New Straits Times*, 9.11.02;  
*Aيران* 2.10., 17.10, 9.11.02;  
*Malaysiakini*, 9.11., 11.11.02; *The Star*, 9.11., 10.11.02

## National Service ab 2004

Ab Januar 2004 sollen alle bis zu diesem Zeitpunkt 18-jährigen Jugendlichen in Malaysia zu einem sechsmonatigem »National Service« verpflichtet werden. Diesen Beschluss präsentierte das eigens für dieses Projekt gegründete Komitee Anfang November 2002 auf einer Konferenz unter dem Vorsitz des Verteidigungsministers Seri Datuk Najib Tun Razak. Der Dienst beinhaltet eine militärische Grundausbildung und wird in dafür ausgewiesenen Trainingscentern oder militärischen Einrichtungen abgeleistet. Das Programm ist in drei Phasen gegliedert. In der ersten Phase wird in den Abschlussklassen der Schulen Einblick in das Programm gegeben, ein sechsmonatiger Dienst bildet den Hauptteil, und in der dritten Phase sollen die Jugendlichen ermutigt werden, in Gemeindeprojekten und ehrenamtlichen Organisationen mitzuarbeiten.

Dass die Verpflichtung gleichsam für Männer und

Frauen gilt, wird als wichtiger Schritt für die Gleichberechtigung in der malayischen Gesellschaft empfunden. Auch sollen Herkunft und Religion in dem Land, dessen Bevölkerung sich aus 58 Prozent Malayen, 24 Prozent Chinesen, acht Prozent Indern und zehn Prozent Bewohnern anderer Herkunft zusammensetzt, keine Rolle spielen.

Zum National Service können auch im Ausland lebende malayische Staatsbürger herangezogen werden. Von Journalisten nach der Konferenz gefragt, erklärte Najib, dass über 18-Jährige nur dann freigestellt werden könnten, wenn ihre Untauglichkeit von einem dafür zugelassenen Arzteauschuss bestätigt würde.

Noch unklar ist, ob der Vorschlag des Wissenschafts-, Technologie- und Umweltministers Datuk Seri Law Hieng Ding Gehör findet, auch Studenten bestimmter naturwissenschaftlicher Fächer freizu-

stellen, um mangelndes Interesse an diesen Studienfächern auszugleichen. Die Idee kam dem Minister bei dem Besuch eines Technologischen Instituts in Südkorea, wo ebenfalls die Freistellung vom bereits etablierten National Service als Motivation für bestimmte Studiengänge eingesetzt wird.

Die einzig andere Möglichkeit freigestellt zu werden können Jugendliche in Anspruch nehmen, die sich unmittelbar nach ihrer schulischen Abschlussprüfung Sijil Pelajaran Malaysia (SPM) zu einer Ausbildung beim Militär oder bei der Polizei entschließen.

Von dem Programm erhoffe man sich neben erhöhter Sicherheit vor allem, bei Malaysias Jugend Patriotismus, Einheit, nationale Integration und Charaktereigenschaften wie Selbstbewusstsein, Führungsqualitäten und Moral zu stärken, so Najib.

vgl. *New Straits Times*, 12.11.02;  
*The Star*, 13.11.02; [www.cia.gov](http://www.cia.gov)